

Armut als Bildungsbremse

Junge Menschen aus ärmeren Haushalten haben statistisch gesehen einen tieferen Bildungsabschluss als jene, die in Elternhäusern mit mittleren und hohen Einkommen gross werden. Das Bundesamt für Statistik hat gestern eine entsprechende Studie veröffentlicht. Über alle Schichten hinweg haben sogar mehr als acht Prozent überhaupt keinen Abschluss erreicht. In Bundesbern ist man sich dieser Problematik bewusst, gibt aber zu bedenken, dass sie zu komplex ist, um lediglich die Bildungspolitik in die Pflicht zu nehmen. Die Züricher SP-Nationalrätin und Bildungspolitikerin Anna Rosenwasser etwa verweist auf die Tatsache, dass in der Schweiz mehr als eine Million Menschen armutsgefährdet sind. (red) **NACHRICHTEN SEITE 13**



Fleiss allein genügt nicht immer: Das Portemonnaie der Eltern beeinflusst das Bildungsniveau des Nachwuchses.

Symbolbild: Gaëtan Bally/Keystone

Je grösser die Armut, desto kleiner die Bildungschancen

Mehr als acht Prozent der jungen Erwachsenen in der Schweiz haben mit 25 noch keinen Berufsabschluss. Die Gründe dafür sind vielfältig und komplex. Trotzdem scheint es wenig politischen Spielraum zu geben, um diese Zahl nach unten zu drücken.

Simon Fischer

Eine gestern Donnerstag vom Bundesamt für Statistik (BFS) veröffentlichte Studie schreibt es schwarz auf weiss: Je weniger Geld in einem Elternhaus zur Verfügung steht, desto tiefer ist statistisch gesehen der Bildungsabschluss, den Jugendliche und junge Erwachsene erreichen (siehe Kasten). Besonders brisant ist dabei, dass von allen jungen Menschen in der Schweiz mehr als acht Prozent bis zu ihrem 25. Altersjahr überhaupt keinen Abschluss erreichen.

Diese Zahl ist hoch. Und sie hat sich in den letzten Jahren nur sehr wenig verändert, weder nach oben noch nach unten. Jacques Babel von der Sektion Bildungssystem des BFS, der die Studie geleitet hat, erklärt auf Anfrage, diese Zahl sei in den letzten Jahren stabil geblieben. Trotzdem stellt sich die Frage, ob die Politik griffigere Massnahmen treffen könnte, um Kindern und Jugendlichen, die in sozioökonomisch prekären Verhältnissen aufwachsen, die gleichen Chancen auf einen Bildungsabschluss zu bieten wie jenen, die in einkommensstarken Haushalten grossgezogen werden.

Bewusstsein für Armut fehlt

Nationalrätin Simone de Montmollin (FDP, Genf), Präsidentin der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur, ist sich der Problematik zwar grundsätzlich bewusst, gibt aber gleichzeitig zu Bedenken, dass dem Parlament in dieser bildungspolitischen Frage die Hände gebunden sind. «Diese Thematik fällt in den Zuständigkeitsbereich der Kantone», sagt sie. «Wenn wir auf Bundesebene gesetzgeberisch aktiv würden, bestünde die Gefahr, dass die Vielfalt der Kantone nicht ausreichend berücksichtigt wird.»

Dass die Ursachen für die Problematik junger Menschen ohne Berufsbildungsabschluss komplex und vielfältig sind, gibt auch die Zürcher SP-Nationalrätin Anna Rosenwasser zu bedenken, die ebenfalls in der Bildungskommission sitzt. Sie sieht die Verantwortung, Lösungen zu finden, aber nicht allein im bildungspolitischen Bereich, sondern macht auf die Armutsproblematik in der Schweiz generell aufmerksam. «In unserem Land leben mehr als eine Million Menschen, die armutsgefährdet sind», sagt sie. Diese hätten generell einen erschwerten Zugang zur Teilnahme an verschiedenen Lebensbereichen, das Problem betreffe bei Weitem nicht nur den Bildungsbereich.

Gerade in der wohlhabenden Schweiz müsse das Armutsproblem deshalb auf verschiedensten Ebenen politisch angegangen werden, sagt Rosenwasser. «Leider wird dies aber in weiten Kreisen in Politik und Gesellschaft oft gerne

übersehen, weil wir uns als reiches Land sehen und nicht wahrhaben wollen, dass Armut auch bei uns ein sehr reales Problem ist für viele Menschen.»

Projekt für schwierige Fälle

Dass die hohe Zahl junger Menschen, die keinen Bildungsabschluss auf Sekundarstufe II erreichen, problematisch ist, hat man beim Bund aber schon vor Jahren zumindest ansatzweise erkannt.

«In unserem Land leben mehr als eine Million Menschen, die armutsgefährdet sind.»

Anna Rosenwasser
Zürcher SP-Nationalrätin

Die Wohlhabenden machen Matura

Jugendliche aus einkommensschwachen Haushalten haben statistisch gesehen einen tieferen Schulabschluss als solche aus einkommensstarken Familien. Dies geht aus einer Studie des Bundesamtes für Statistik (BFS) hervor, für die Daten von 82 000 Jugendlichen analysiert wurden. Gemäss dieser Erfassung erlangten 8,2 Prozent der Ju-

gendlichen, die zwischen 2011 und 2015 16 Jahre alt wurden, auch zehn Jahre später keinen Abschluss auf Sekundarstufe II. 13 Prozent davon stammten aus einkommensschwachen Haushalten. **Bei den Sozialhilfebeziehenden waren es sogar 24 Prozent.** Der Anteil der Jugendlichen aus den einkommensstärksten Familien ist dabei mit 5,1 Prozent deutlich am gerings-

ten. 8,4 Prozent der Berufsattest-Absolvierenden stammten derweil aus einkommensschwachen Haushalten, 13,3 Prozent aus solchen mit Sozialhilfe. Lediglich 0,9 Prozent der Jugendlichen aus den wohlhabendsten Familien schlossen ein Berufsattest ab. Hingegen stammten 72,7 Prozent der Maturität-Absolvierenden aus den einkommensstärksten Familien. (sda)

Nicht zuletzt deshalb, weil bei tiefem Bildungsniveau ein weit höheres Risiko besteht, dass Betroffene früher oder später in die Sozialhilfe abrutschen. Bereits 2008 lancierte der Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen das Projekt Case Management Berufsbildung, das er bis 2015 in einer ersten Phase mit 35 Millionen Franken unterstützte. Im Jahr 2016 schliesslich wurde es vollständig in die Verantwortung der Kantone übergeben, die meisten führen es bis heute weiter.

Damals setzte man sich das ambitionierte Ziel, den Anteil junger Menschen, die bis zum 25. Altersjahr einen Berufsabschluss in der Tasche haben, auf 95 Prozent zu erhöhen. Bis heute ist dies zwar nicht ganz erreicht worden, die Rückmeldungen aus den Kantonen zeigen aber, dass mit diesem Instrument durchaus positive Erfahrungen gemacht werden.

Das Prinzip ist einfach: Jungen Menschen ohne Anschlusslösung nach der obligatorischen Schulzeit erhalten einerseits Beratung und Unterstützung etwa bei der Suche nach einer Lehrstelle. Das Angebot zielt hauptsächlich auf junge Menschen, die mit einer psychosozialen Mehrfachbelastung zu kämpfen haben, die dazu führt, dass sie keine Lehrstelle finden oder eine begonnene Lehre abbrechen mussten.

Andererseits ist die zuständige Fachperson gleichzeitig Koordinationsstelle für in den Fall involvierte Akteure wie Behörden, Schulen und Eltern. Durch eine zentrale Lenkung von Massnahmen für die Betroffenen soll damit einerseits mehr Effizienz erzielt werden, um Kosten zu sparen, andererseits soll es die jungen Menschen entlasten, damit sie sich auf die Suche nach einem Ausbildungsplatz konzentrieren können.